A4 Demokratie Leben - Zivilgesellschaftliches Engagement fördern statt abbauen

Antragsteller*in: AG Diversity (Hivanu Ince, Meret Weber, Jana Brix, Enad Altaweel, Fabio Voss)
Tagesordnungspunkt: 0. Tagesordnung

1 Wenn uns die politischen Debatten, Wahlergebnisse und öffentlichen Diskurse der
2 letzten Jahre in Deutschland und weltweit etwas gelehrt haben, dann das:

3 Demokratie ist nicht selbstverständlich. Wir dürfen uns niemals auf dem Status
4 Quo ausruhen, sondern müssen jeden Tag für Demokratie und Menschenrechte
5 einstehen und sie gegen Angriffe verteidigen. Die Verantwortung dafür muss zwar
6 die Politik tragen, doch ohne eine starke Zivilgesellschaft ist ein
7 demokratisches Miteinander nicht möglich. Es sind die engagierten Menschen in
8 gemeinnützigen Vereinen, Organisationen, Verbänden oder Kollektiven, die häufig
9 ehrenamtlich und nur durch Fördergelder finanziert, unsere Demokratie vor
10 Rechten Angriffen verteidigen, demokratische Bildungsarbeit leisten und
11 aufzeigen, an welchen Stellen Menschen in unserem System ausgegrenzt werden.
12 Dafür werden sie selbst zur Zielscheibe von Rechtem Hass.

13 Ein großer Teil dieser zivilgesellschaftlichen Träger und Projekte wurden in den
14 letzten Jahr durch das Förderprogramm "Demokratie leben" des Bundesministeriums
15 für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert. Doch die kürzlich erfolgte
16 Umstellung der Förderkriterien unter der Bundesministerin Franziska Giffey
17 bedeutet für viele Träger eine gravierende Reduzierung oder das komplette Aus
18 finanzieller Unterstützung. Betroffen sind Träger wie die Amadeo-Antonio-
19 Stiftung, Each One Teach One (Eoto), Amaro Foro oder die Initiative Schwarze
20 Menschen in Deutschland (ISD). Franziska Giffey nimmt durch die von ihr
21 angeordneten Änderungen bewusst in Kauf, dass diese Vereine ihre für unser
22 Zusammenleben so wichtige Arbeit nicht mehr ausführen können.

23 Es ist nicht zu übersehen, dass von den Änderungen der Förderrichtlinien vor
24 allem Projekte betroffen sind, die sich gegen Antisemitismus, Rassismus und
25 Rechtsextremismus einsetzen. Gerade diese Projekte und zivilgesellschaftlichen
26 Akteur*innen sind besonders von Rechter Gewalt betroffen. In einer aktuellen
27 politischen Situation, in der Menschenfeindlichkeit und faschistische Weltbilder
28 immer offener und aggressiver zur Schau gestellt werden und es längst nicht mehr
29 nur um Worte geht, ist es unverantwortlich, die Mittel für antirassistische,
30 antifaschistische und demokratiestärkende Träger zu kürzen.

31 Zwar ist die Bundesfamilienministerin nach massiven öffentlichem Druck etwas
32 zurückgerudert, aber noch immer sind viele Träger von den Kürzungen betroffen
33 und ihre Arbeit gefährdet.

34 Deswegen unterstützen wir den für die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis
35 '90/Die Grünen Berlin eingebrachten Antrag "Verlässliche Bundesförderpolitik

36 füreine starke und plurale Zivilgesellschaft!" und die darin genannten
37 Kernforderungen:

- 38 • die dauerhafte Aufstockung der Mittel auf mindestens 200 Millionen Euro
39 pro Jahr
- 40 • die vorläufige Rückkehr zu den alten Förderrichtlinien, mit denen
41 die zivilgesellschaftlichen Projekte im Mittelpunkt stehen
- 42 • die Rücknahme der schwerpunktmäßigen Verlagerung auf die Kommunen
- 43 • eine Bundesratsinitiative des Landes Berlin für ein Demokratiefördergesetz
44 auf Bundesebene

45 Für ein demokratisches Miteinander brauchen wir eine starke Zivilgesellschaft.
46 Wir sollten die Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte und Träger ausbauen,
47 statt sie zu kürzen. Der Kurs der Bundesministerin Giffey ist
48 demokratiegefährdend. Als Grüne Jugend Berlin stellen wir uns an die Seite der
49 Zivilgesellschaft!

Begründung

Hier der erwähnte Antrag der Grünen: [https://berlin.antragsgruen.de/ldk192/
Verlaessliche_Bundesfoerderpolitik_fuer_ei-ne_starke_und_plurale_Zivilgese-59675](https://berlin.antragsgruen.de/ldk192/Verlaessliche_Bundesfoerderpolitik_fuer_ei-ne_starke_und_plurale_Zivilgese-59675)